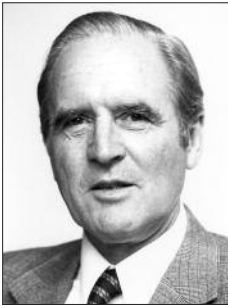




DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROF. DR. KARL CARSTENS

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

POLITISCHE ALTERNATIVEN

VORTRAG AM 15. DEZEMBER 1975



Lieber Herr Stödter!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst für die sehr freundlichen Worte der Begrüßung danken, die Ihr Präsident soeben an mich gerichtet hat. Ich habe mich besonders darüber gefreut, mit welcher Unbefangenheit er die Tatsache erwähnt hat, daß ich vor 40 Jahren einmal als Student zu seinen Füßen gesessen habe. Bisher hörte er das gar nicht so gern, weil daraus nämlich hervorzugehen schien, als ob wir im Alter sehr weit auseinander waren, was wir in der Tat gar nicht sind. Er war damals ein ganz junger Privatdozent an der hamburgischen Universität, und ich war ein Student im fortgeschrittenen Semester. Mir ist diese Zeit in allerschönster Erinnerung geblieben, nicht nur des Herrn Professors Stödter wegen, sondern weil die hamburgische Universität in der damaligen Zeit – es war das Jahr 1935 – weit mehr als andere Universitäten in Deutschland ein Ort geblieben war, an dem die Freiheit der Lehre und der Forschung noch praktiziert werden konnte.

Ich bewahre der Stadt Hamburg aus dieser Zeit eine große Zuneigung. Ich wünsche der Stadt und insbesondere ihrer Universität, daß sie allezeit ein solcher Hort der Freiheit, der Lehre und der Forschung bleiben möge.

Ich möchte mein Referat über die Alternativen mit einigen Bemerkungen zur Wirtschafts- und zur Konjunkturpolitik beginnen. Ich brauche in diesem Kreise sicherlich nicht die wirtschaftliche Lage, in der wir uns befinden, zu beschreiben. Die Zahl von über einer Million Arbeitslosen, mehreren hunderttausend Kurzarbeitern, die starke Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die rückläufige Bewegung unseres

Bruttosozialprodukts im Jahre 1975 sprechen eine deutliche Sprache. Die Versuche der Bundesregierung, diese Erscheinungen ausschließlich auf außerwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen, müssen als gescheitert angesehen werden. Noch in seinem letzten Gutachten, das vor wenigen Wochen erschienen ist, hebt der Sachverständigenrat die Verantwortung der Bundesregierung mit aller Deutlichkeit hervor. Ich darf aus diesem Gutachten einige Sätze zitieren. Sie lauten: „Mehr und mehr wurde deutlich, daß es ein Irrtum war, zu glauben, man könne den Beschäftigungsrisiken ausweichen, wenn man der Inflation ihren Lauf ließe. Im Gegenteil: Der Ausweg in die Inflation erwies sich als Sackgasse, und je weiter man auf ihm fortschritt, um so mühsamer und verlustreicher mußte die Rückkehr zur Stabilität werden.“ Ende des Zitats.

Nach Auffassung der CDU/CSU ist die entscheidende Voraussetzung für jede Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, daß die Investitionstätigkeit angeregt wird, daß ein günstigeres Klima für Investitionen geschaffen wird. Dazu kann die Politik in zweifacher Hinsicht einen Beitrag leisten. Zunächst kann sie steuerliche Anreize für Investitionen schaffen. Die CDU/CSU hat auf diesem Gebiet Vorschläge gemacht, die das sogenannte „carry-back“, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und Senkung der ertragsunabhängigen Steuern vorsehen.

Die FDP – der Herr Wirtschaftsminister Friderichs – hat diese Vorschläge zunächst unterstützt, aber es ist deutlich geworden, daß die FDP hier wie in vielen anderen Bereichen innerhalb der Koalition mit ihren Vorstellungen nicht durchgedrungen ist. Was jetzt noch erwartet werden kann, ist die Einführung eines begrenzten Verlustrücktrags im Einkommensteuerrecht, eine Maßnahme, die angesichts der schlechten Ergebnisse der beiden letzten Jahre zu spät käme, um nennenswerte Verbesserungen zu bringen.

Die andere Möglichkeit, die die Politik hat, um auf die Investitionstätigkeit und damit die Überwindung der Arbeitslosigkeit in einem positiven Sinne einzuwirken, besteht in der Schaffung eines allgemeinen Klimas des Vertrauens. Hier allerdings macht uns das fortdauernde Gerede von der Verstaatlichung der Banken, von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und von der Notwendigkeit einer Investitionskontrolle allergrößte Sorge.

Ungeachtet der auf dem Mannheimer Parteitag der SPD zur Schau gestellten Einmütigkeit darf sich niemand darüber hinwegtäuschen lassen, daß der linke sozialistische Flügel dieser Partei diese seine Ziele unbeirrbar weiterverfolgt. Dafür möchte ich einen Zeugen zitieren, nämlich den Vorsitzenden der SPD Schleswig-Holsteins, Ihres Nachbarslandes, Herrn Jansen. Er sagte in einem Interview vom 22. November dieses Jahres – ich zitiere ihn jetzt wörtlich –: „Wo mit anderen Mittel eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“ Er wiederholt dann die lange Reihe der sozialistischen Forderungen, darunter interessanterweise jene, daß Produktion und Handel mit Rohstoffen durch vergesellschaftete Betriebe erfolgen sollten, damit – und jetzt wieder wörtlich –: „unsere Wirtschaft, die Firmen und die Arbeitsplätze nicht von internationalen Konzernen abhängig sind.“ Ich könnte Ihnen viele andere Führer dieses linken sozialistischen Flügels der SPD nennen, deren Äußerungen sich mit jenen von Herrn Jansen voll decken.

Ich glaube, daß sich niemand auf die Dauer vor der Tatsache verschließen kann, daß sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei inzwischen in Wahrheit zwei Parteien gebildet haben, deren eine aus konservativen Sozialdemokraten besteht – als Beispiele nenne ich Herbert Weichmann, Georg Leber, Adolf Schmidt, den Gewerkschaftsführer, Willi Berkhan – und deren zweite eine radikale sozialistische Partei ist, zu der die Landesverbände Schleswig-Holstein, Hessen-Süd, München und Persönlichkeiten wie Rudi Arndt, Jochen Steffen, der eben erwähnte Herr Jansen, von Oertzen, von Friedeburg, Carsten Voigt, Frau Wiczorek-Zeul und viele andere gehören. Herrn Brandt rechne ich diesem linken sozialistischen Flügel innerhalb der SPD zu, während Bundeskanzler Schmidt eher der konservativen Richtung zuneigt, wenngleich er sicherlich dem radikalen sozialistischen Flügel seiner Partei immer wieder Konzessionen machen muß.

Wir in der CDU/CSU vertreten gegenüber diesen Tendenzen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft mit ihren drei zu einer Einheit verschmolzenen Elementen:

1. dem marktwirtschaftlichen Prinzip, das heißt Leistung, Wettbewerb, freie Entfaltung der schöpferischen Kräfte, Selbstverantwortung;
2. dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, das heißt soziale Sicherung im Alter, bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit – wir, die CDU/CSU, haben 1957 die dynamische Rente eingeführt –, Chancengerechtigkeit im Bildungssektor, Mitbestimmung unter Wahrung der Funktionsfähigkeit der Unternehmen;
3. als konjunkturpolitische Leitlinie Wachstum, Vollbeschäftigung und stabile Preise. Diese Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft haben den wirtschaftlichen Aufstieg nach 1949 ermöglicht. Sie sind nach unserer Auffassung der beste Garant für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Auch die Lage der öffentlichen Finanzen ist Ihnen, meine Damen und Herren, zur Genüge bekannt. Ich brauche nur wenige Zahlen zu nennen. Das Defizit im Bundeshaushalt wird in diesem Jahr fast 40 Milliarden DM betragen. Im nächsten Jahr müssen wir mit einem gleich hohen Defizit rechnen. In diesem und im nächsten Jahr schätzt man das Defizit aller öffentlichen Haushalte zusammen auf je 75 Milliarden DM.

Auch über die Gefahren, die in dieser Situation liegen, sind Sie sich genauso wie ich, wenn nicht besser als ich, im klaren. Zur Zeit kann die öffentliche Hand ihren Finanzbedarf noch auf dem Kapitalmarkt decken. Sie verschuldet sich dort in einem bisher unbekanntem Maße, und nicht etwa, um öffentliche Investitionen zur Konjunkturbelebung zu finanzieren, sondern im wesentlichen für laufende Ausgaben. Aber wie wird es werden, wenn die Wirtschaft demnächst, wie wir alle hoffen, den Kapitalmarkt in stärkerem Umfang in Anspruch nehmen sollte? Werden die Zinsen dann in die Höhe gehen? Wird eine neue Inflationswelle eingeleitet werden? Wird der Bund dann die ihm verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Grenzen einer defizitären Haushaltspolitik überhaupt noch einhalten können?

Wenn man überlegt, was man zur Sanierung der öffentlichen Finanzen tun kann, muß man sich über die Ursachen dieser Entwicklung klarwerden. Eine der wichtigsten ist das Überhandnehmen staatlicher Ausgaben und staatlicher Aufgaben in unserem Lande. Die sogenannte Staatsquote am Bruttosozialprodukt ist innerhalb von sechs Jahren um 11 Punkte gestiegen, nämlich von 37 Prozent im Jahre 1969 auf 48 Prozent im Jahre 1975. Das ist ein viel zu hoher Anteil, selbst wenn man die Rezession berücksichtigt, in der wir uns zur Zeit befinden.

Ebenso rasant ist der Personalbestand der öffentlichen Verwaltung gestiegen, nämlich von 1969 bis 1973 um 16 Prozent. Demgegenüber stieg die Zahl der in der Wirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer in der gleichen Zeit um 2 Prozent. In diesen Zahlen spiegelt sich nach unserer Auffassung die verfehlte Struktur- und Gesellschaftspolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn wider. Immer kompliziertere Gesetze, die während der letzten Jahre erlassen wurden, machten einen immer größeren Verwaltungsaufwand erforderlich.

Ich möchte Ihnen dafür nur ein Beispiel nennen, das allerdings sehr drastisch ist. Als der Bildungsminister vor zwei Jahren ein Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung vorlegte, stellte sich bei näherer Prüfung heraus, daß mit der Einführung dieses Gesetzes allein 3000 neue Beamtenstellen verbunden gewesen waren. Es handelte sich nicht etwa um Lehrerstellen, meine Damen und Herren – daß wir mehr Lehrer an den Berufsschulen brauchen, darüber sind wir uns alle einig –, sondern um 3000 neue Stellen für Verwaltungsbeamte, die die Aufgabe haben sollten, die Durchführung dieses neuen Berufsbildungsgesetzes zu überwachen. Wir haben das Zustandekommen dieses Gesetzes allerdings verhindert. Frau Focke, die das Arzneimittelwesen reformieren will, kann sich das auch nur in der Weise vorstellen, daß die staatlichen Kontrollen erweitert werden. Mit der Realisierung ihres Vorschlages wäre eine Erhöhung des Personalbestandes des Bundesgesundheitsamtes um 300 Prozent verbunden. Auch das Gesetz ist noch nicht in Kraft. Auch hier versuchen wir, das Schlimmste zu verhindern. Aber die Tendenz der sozial-liberalen Reformpolitik ist unausrottbar: Wo immer die sozial-liberale Koalition einen Reformplan entwickelt, führt er zu einer Vergrößerung des staatlichen Apparates.

Ich darf auch hierzu ein Zitat bringen. Es ist von Fritz Ullrich Fack aus der „F.A.Z.“ vom 3. Dezember dieses Jahres. Er sagt: „Nicht, daß man Reformen unternommen hat, war bedenklich – dafür gab es zum Teil gute Gründe –, sondern wie man es getan, hat: voller Staatsgläubigkeit, voller Verachtung für das Kosten-Nutzen-Prinzip, mit den gleichmacherischen Vorsätzen der Linken und ohne zureichende Planung des Möglichen und seiner Rangfolge.“ Ende des Zitats. Ich kann dem nur voll beistimmen. Nach unserer Meinung müßte in dieser Lage folgendes geschehen:

1. Wir lehnen Steuererhöhungen, die die Regierung vorgeschlagen hat, ab, wenn damit lediglich Löcher im Haushalt gestopft werden sollen. In einer konjunkturellen Rezession sind Steuererhöhungen das genau falsche wirtschaftspolitische Mittel. Unser Nachbar Dänemark reagiert – ebenso wie die USA – daher mit vollem Recht mit Steuersenkungen auf die gegenwärtige Rezession.
2. Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte fordern wir zunächst und vor allem Einsparungen. Dabei verfolgen wir auch das Ziel, wieder mehr Spielraum für öffentliche Investitionen zu schaffen. Wir haben die Einsparungsvorschläge, die die Regierung unterbreitet hat, im wesentlichen unterstützt, was für eine Opposition nicht von vornherein eine einfache Aufgabe ist. Einsparungsvorschläge, die die Regierung macht, weil sie die öffentlichen Finanzen in diese Misere hineingeführt hat, zu unterstützen, ist für eine Opposition keine leichte Aufgabe. Ich sage es noch einmal: Wir haben uns dazu entschlossen.
3. Aber wir fordern noch weitere Einsparungen, und zwar insbesondere dadurch, daß Verwaltung und Gesetzgebung vereinfacht werden. Als geradezu klassisches Beispiel für eine solche Vereinfachung nenne ich die Reform der Kraftfahrzeugsteuer. Durch die Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer auf das Plakettensystem würden 3000 Finanzbeamte freigesetzt werden. Diese Finanzbeamten könnten sich anderen Aufgaben der Finanzverwaltung, in der ein großer Personalmangel herrscht, mit Nutzen zuwenden.

Eine weitere Möglichkeit zur Einsparung sehen wir bei den Subventionen. Hier halten wir eine globale Kürzung um 5 Prozent für möglich. Wir verlangen die Einsparung von 4000 Beamtenstellen im Bund, darunter eine starke Reduzierung der übermäßig aufgeblähten Führungsstäbe an der Spitze der Ministerien und des Bundeskanzleramts.

Herr Professor Dr. Stödter hat eben erwähnt, daß ich unter Kurt Georg Kiesinger bis zum Jahre 1969 Chef des Bundeskanzleramts war. Damals hatte das Amt 260 Mitarbeiter, heute hat es 430. Seinerzeit waren die Finanzen der Bundesrepublik Deutschland in Ordnung. Kiesinger hat seinen Nachfolgern einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Überschuß von 1,9 Milliarden DM hinterlassen. Der Finanzminister war übrigens Franz Josef Strauß. Heute haben wir ein Defizit von 40 Milliarden DM. Ich gebe zu, daß es eine etwas einfache Argumentation ist, die ich anwende, aber niemand wird bestreiten können, daß in ihr ein berechtigter Kern steckt.

4. Wir weisen darauf hin, daß eine ganz beträchtliche Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Reprivatisierung bestimmter, bisher von der öffentlichen Hand wahrgenommenen Aufgaben möglich wäre, also genau das Gegenteil dessen, was Herr Jansen fordert. Hierzu bedarf es detaillierter Einzeluntersuchungen, die wir verlangt haben. Als ein Beispiel für Möglichkeiten von Einsparungen möchte ich Ihnen den Schlachthof der Stadt Kiel nennen. Dieser wurde bis vor zwei Jahren von der Stadt bewirtschaftet und erbrachte ein jährliches Defizit von 1,5 Millionen DM, was für eine Stadt wie Kiel immerhin ein nennenswerter Betrag ist. Inzwischen hat eine private Firma diese Aufgabe übernommen. Diese arbeitet mit Gewinn, führt Steuern ab und hat die Stadt Kiel von einem Defizit von 1,5 Millionen DM pro Jahr befreit.

Lassen Sie mich einen anderen wichtigen Bereich der Innenpolitik ansprechen, nämlich den der Bildungspolitik. Bis zu den letzten Tagen wurde im Bundestag und Bundesrat über ein Hochschulrahmengesetz gerungen, bei dem die Union ganz klare Positionen bezogen hatte. Wir verlangten erstens, daß an den Universitäten ein Ordnungsrecht eingeführt würde, welches es ermöglicht, Studenten, die die Vorlesungen fortlaufend stören, vom weiteren Studium auszuschließen.

Wir verlangten zweitens eine zeitliche Begrenzung des Studiums, damit nicht Studenten, die bis zu 20 Semestern und mehr studieren, anderen die Studienplätze wegnehmen.

Wir verlangten drittens, daß die Mehrheit der Professoren in Fragen der Forschung und der Berufung von neuen Professoren nicht überstimmt werden dürfe, daß sie also in den Fragen der Forschung und der Berufung von Hochschullehrern die letzte Entscheidung haben müsse. Wir haben uns mit diesen Forderungen durchgesetzt. SPD und FDP sind von ihren ursprünglichen Reformvorstellungen abgerückt und haben einem Hochschulrahmengesetz ihre Zustimmung gegeben, welches die von SPD und FDP regierten Länder zwingen wird, ihre Hochschulgesetze zu ändern, während die von CDU und CSU regierten Länder ihre Hochschulgesetze im wesentlichen beibehalten können.

Meine Damen und Herren! Dies haben wir mit Hilfe unserer Mehrheit im Bundesrat zustande gebracht. Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, daß es in den letzten drei Jahren, seitdem ich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion bin, Augenblicke gegeben hat, in denen ich die Tatsache, daß wir im Bundesrat eine Mehrheit haben, eher als eine Belastung denn als einen Vorzug empfunden habe. Die Tatsache, daß wir im Bundesrat die Mehrheit haben und dadurch alle sogenannten zustimmungsbedürftigen Gesetze dort zu Fall bringen können, nötigt uns, aus Verantwortungsgefühl für das Ganze auch solchen Gesetzen unsere Zustimmung zu geben, die wir nicht oder zumindest nicht voll billigen können. Sie können mir glauben, daß das eine sehr unangenehme und unbequeme Position für eine Opposition ist. Aber in dem Fall des Hochschulrahmengesetzes möchte ich einen anderen Standpunkt einnehmen. Hier möchte ich sagen: Es ist ein wahrer Segen für die deutschen Universitäten und damit für unser ganzes Land, daß sich die CDU/CSU im Bundesrat mit ihren Forderungen durchgesetzt hat. Diese Tatsache hat allerdings den heftigsten Widerspruch vor allen Dingen bei der FDP ausgelöst. Der Herr Innenminister Professor Maihofer ebenso wie der hamburgische Senator Professor Dr. Biallas sehen ein Reformwerk in Gefahr, welches ihnen lieb und teuer war, welches aber nach unserer und der Überzeugung vieler anderer Sachverständiger geeignet gewesen wäre, die jahrhundertalte Reputation deutscher Universitäten zu zerstören.

Aber wir sind auch der Meinung, meine Damen und Herren, daß es ganz falsch wäre, bei der Bildungspolitik allein oder vorwiegend auf den akademischen Bereich zu blicken. Die hier entwickelten bildungspolitischen Zielvorstellungen bedürfen dringend der Überprüfung. Es ist unsinnig zu fordern, daß die Hälfte jedes Geburtsjahrgangs das Abitur machen und davon wieder die Hälfte ein Universitätsstudium absolvieren soll. Gegen diese Forderung sind drei entscheidende Einwendungen zu erheben:

1. Die Kosten einer solchen Ausbildung würden unsere finanziellen Möglichkeiten auf Jahre hinaus überschreiten.
2. Wir würden Zehntausende von jungen Akademikern ausbilden, die in ihren Berufen kein Auskommen finden würden.
3. Ein solches bildungspolitisches Ziel muß auch aus einer grundsätzlichen Erwägung heraus abgelehnt werden; denn in ihm drückt sich ein elitärer akademischer Hochmut aus, der nach meiner Auffassung in keiner Weise gerechtfertigt ist. Ich vertrete die These, daß für die Erlernung bestimmter handwerklicher Berufe ein höheres Maß an Intelligenz erforderlich ist als für manche Studiengänge, deren Nennung ich mir allerdings aus Gründen der Höflichkeit hier ersparen möchte.

Wir sind daher gut beraten, wenn wir der beruflichen Bildung, der Ausbildung zum Handwerker, zum Kaufmann, unser Hauptaugenmerk zuwenden. Wir von der CDU/CSU haben seit Jahren die Initiative ergriffen. Unsere Vorlagen wurden dem Bundestag jeweils lange vor denen der Bundesregierung, die sich nicht einigen konnte, zugeleitet. Wir vertreten, wie Sie wissen, in der Frage der beruflichen Bildung eindeutig den Grundsatz, daß das System der dualen Bildung im Betrieb und in der Schule erhalten bleiben soll, welches sich in unserem Lande im ganzen bewährt hat. Allerdings wollen wir, daß die beiden Bereiche Schule und Betrieb noch stärker untereinander verzahnt werden, als das bisher der Fall ist.

Dabei ist es nach unserer Auffassung von entscheidender Bedeutung, daß die sehr beunruhigende Jugendarbeitslosigkeit – wir haben über hunderttausend jugendliche Arbeitslose – durch die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen abgebaut wird. Wir haben dazu vor einem halben Jahr einen Antrag vorgelegt, der die Einstellung von 40 000 zusätzlichen Auszubildenden ermöglicht hätte. Leider ist dieser Antrag von der Koalition abgelehnt worden.

Alle Bildungseinrichtungen – lassen Sie mich diesen Teil damit abschließen – müssen auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Schulbücher oder Schulrichtlinien, die eine versteckte Aufforderung zur Einführung des marxistischen Sozialismus in unserem Lande enthalten, bekämpfen wir mit aller Entschiedenheit. Wir verlangen, daß die Schüler in den Schulen lernen, daß der freiheitliche Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland der beste Staat ist, in dem Deutsche jemals gelebt haben. Wir verlangen, daß den Schülern in der schulischen Erziehung die Möglichkeit gegeben wird, die Vorzüge dieses unseres Systems zu erkennen, was selbstverständlich nicht ausschließen soll, daß sie auch an diesem System und seinen Mängeln Kritik üben können. Für äußerst gefährlich halten wir die neue Form der Pädagogik, die sich selbst als emanzipatorische Pädagogik bezeichnet, deren Ziel es ist, die Schüler mit der Vorstellung zu durchdringen, daß Ausbeutung, Fremdbestimmung, Konflikt und Klassenkampf Grundmuster jeder gesellschaftlichen Formation seien, angefangen von der Ehe und Familie bis hin zu Universitäten, Schulen, Rundfunkanstalten und wirtschaftlichen Betrieben.

Eine Schweizer Kommission von Pädagogen, die deutsche Schulen besichtigt hat, hat darüber berichtet. Sie spricht von Klassen, in denen es nur die Gruppe der Gleichgültigen, Stummen und Unmotivierten auf der einen und die der Aggressiven, Terroristischen auf der anderen Seite gäbe. Sie stellt die Frage: Wie können die Verantwortlichen in einem freiheitlichen Rechtsstaat dies zulassen? Warum gehen nicht alle Eltern auf die Barrikaden? Ja, meine Damen und Herren, diese Frage möchte ich allerdings auch stellen: Warum gehen nicht alle Eltern auf die Barrikaden? Es wird höchste Zeit, daß sich die Eltern aller Schichten unseres Volkes zusammenschließen. Was in manchen Schulbüchern und Richtlinien über Ehe oder Familie, über Klassenkampf oder Ausbeutung gesagt wird, widerspricht den Grundüberzeugungen der Mehrheit aller Bürger und darf nicht länger hingenommen werden. Auch viele Schüler haben das erkannt und sich zum Widerstand entschlossen. Diesen Schülern möchte ich ausdrücklich meinen Respekt bezeugen. Sie engagieren sich schon als Schüler für die Freiheit und werden damit nachträglich zum Vorbild für viele ihrer Väter, die dasselbe vor 1933 nicht getan haben. Ich rechne mich selbst auch dazu.

Ich habe schon vorhin davon gesprochen, daß sich innerhalb der SPD in Wahrheit zwei politische Parteien gegenüberstehen, nämlich die konservativen Sozialdemokraten auf der einen und die radikalen Sozialisten auf der anderen Seite. Diese Situation ist nach meiner Überzeugung für unser Land gefährlich. Sie ist besonders gefährlich, weil sich die radikalen Sozialisten häufig mit den Kommunisten verbünden. Es gibt zwar Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei, die das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten verbieten. Aber ich muß leider feststellen, daß diese Beschlüsse in der Praxis wenig Beachtung finden.

Viele Demonstrationen und Bürgerinitiativen werden von Kommunisten und linken Sozialdemokraten gemeinsam gebildet. An den Universitäten Bremen, Berlin und Marburg kämpfen diese beiden Gruppen Seite an Seite. An der Universität Bremen präsentierte sich Anfang dieses Jahres bei den Wahlen zu den Universitätsgremien eine Liste von Hochschullehrern, welche DKP-Kommunisten, Sozialdemokraten und „Stamokap“-Anhänger umfaßte. Im Bund Demokratischer Wissenschaftler – so nennt sich dieser Bund – arbeiten Kommunisten, freie Demokraten wie Professor Theo Schiller und Sozialdemokraten eng zusammen.

An der Aktion „Weg mit dem Berufsverbot“ beteiligten sich Kommunisten und freie Demokraten. Dabei ist das Schlagwort vom Berufsverbot eine kommunistische Kampfparole. Zurückweisung eines Verfassungsgegners vom Staatsdienst, der sich als Beamter bewirbt, ist ebensowenig ein Berufsverbot wie die Zurückweisung eines Kandidaten, der die erforderlichen Examen nicht bestanden hat. In beiden Fällen fehlt es nämlich an der erforderlichen Eignung.

Auch zahlreiche Sozialdemokraten beteiligen sich leider an dieser Kampagne, zuletzt der bremische Hochschulsenator Herr Franke, der nicht nur von Berufsverbot sprach, sondern von – entschuldigen Sie bitte! – Berufsverbotscheiße, um sich bei den linksradikalen Studenten in Bremen anzubiedern. In der gleichen Rede sagte Herr Franke, die SPD würde ganz andere Wahrheiten sagen, wenn sie nicht vom Wähler abhängig wäre. Da können wir uns also noch auf einiges gefaßt machen. Der gemeinsame Nenner, auf dem sich Kommunisten und linke Sozialdemokraten treffen, ist die These von der Ausbeutung der Lohnabhängigen, die These von der Notwendigkeit eines dauernden Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit und schließlich die Forderung nach Verstaatlichung oder Vergesellschaftung vieler Zweige unserer Wirtschaft. Das ist eine ganz schöne Portion ideologischer Gemeinsamkeit, die diese beiden Gruppen miteinander verbindet.

In der April-Nummer der Zeitschrift „das da“ – die von Herrn Jochen Steffen herausgegeben wird; Herr Jochen Steffen ist der frühere Vorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein und ist gerade vor wenigen Tagen in Mannheim wieder in den Vorstand der SPD gewählt worden – konnten Sie über die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten etwas sehr Bemerkenswertes lesen. Ich zitiere Ihnen hier auszugsweise einen Absatz. Es hieß dort: „Wie soll die sozialistische Bewegung im Herrschaftsgefüge der BRD langfristig ein realer Machtfaktor werden können ohne weitgehende politische und materielle Unterstützung durch die DDR? Die antirevisionistische Linke, die heute noch über die DDR die Nase rümpft, wird sich damit abfinden müssen, daß sie im Kampf gegen den Hauptfeind, die westdeutschen Monopolherren und ihren Staatsapparat, auf die Unterstützung ihrer Lieblingsfeinde zur Linken, der DKPler und DDR-Revisionisten, noch lange Zeit angewiesen sein werden. Und wenn ihnen diese politische Notgemeinschaft nicht paßt, weil sie es unter ihrer Würde erachten, mit einem ‚Revi‘ zu marschieren, dann werden sie bald jämmerlich Schiffbruch leiden.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Ich behaupte nicht – das möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen –, daß dies die offizielle Meinung der Sozialdemokratischen Partei sei. Aber es ist die Ansicht einzelner Mitglieder dieser Partei. Wenn man sich darüber Klarheit verschafft, dann versteht man natürlich sehr gut, warum sich SPD und auch FDP mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei aus dem Staatsdienst ferngehalten werden. Es ist unseren jahrelangen Bemühungen nicht gelungen, SPD und FDP eine solche Regelung abzurufen. Herr Maihofer räumt zwar ein, daß die DKP eine Partei sei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Aber er erklärt, daraus könne man nicht den Schluß ziehen, daß auch die Mitglieder der DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgten. Er verlangt die Prüfung jedes Einzelfalls, wobei aber die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei nicht als Ablehnungsgrund genügen soll.

Ich möchte der hamburgischen SPD meinen Respekt dafür bezeugen, daß sie verhindert hat, daß hier in Hamburg kommunistische Bewerber als Lehrer eingestellt wurden. Wie lange das noch möglich sein wird, wenn das neue, von Herrn Maihofer vorgelegte Gesetz in Kraft getreten ist; wage ich nicht vorauszusehen.

In Nordrhein-Westfalen denkt die SPD übrigens ohnehin ganz anders. Vor Jahr und Tag machten Herr Kuhn und Herr Passer die größten Anstrengungen, um zu erreichen, daß ein Assessor, der nicht nur Mitglied, sondern sogar Funktionär der Kommunistischen Partei war, als Richter eingestellt wurde.

Es geht nicht in erster Linie darum, ob einige tausend Kommunisten Beamte werden. Das wäre schlimm genug, aber vielleicht angesichts der großen Zahl verfassungstreuer Beamter noch zu verkraften. Es geht vor allem um die Frage, ob einige Gruppen in der Sozialdemokratischen Partei und auch in der Freien Demokratischen Partei in den Kommunisten überhaupt noch einen zu bekämpfenden politischen Gegner sehen oder ob sie in ihnen nicht bereits Bundesgenossen bei ihren Bestrebungen nach Veränderung des Systems zumindest in Teilbereichen erblicken. Damit komme ich zu einer Darstellung der außenpolitischen Lage unseres Landes.

Der amerikanische Außenminister soll vor wenigen Monaten nach Presseberichten gesagt haben, in zehn Jahren werde ganz Europa marxistisch sein. Ich glaube, daß dieses, wenn die Meldung zutrifft, eine sehr unkluge Bemerkung war. Denn wenn der

amerikanische Außenminister etwas Derartiges sagt, dann werden manche glauben, es könnte stimmen, und manche von denen, die glauben, daß es stimmen könnte, werden sich entschließen, auf die Seite der Bataillone zu treten, die nach Meinung des Herrn Kissinger demnächst siegen werden.

Aber abgesehen davon, daß es nach meiner Auffassung unklug gewesen wäre, etwas Derartiges zu sagen, verdient diese Bemerkung Aufmerksamkeit. Die internationale Lage hat sich in den zurückliegenden Jahren eindeutig und kräftig zugunsten der kommunistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, verändert. Die Sowjetunion hat militärisch mit den Vereinigten Staaten von Amerika gleichgezogen, auch im nuklearen Bereich. Manche Sachverständigen glauben, daß sich eine nukleare Überlegenheit der Sowjetunion abzuzeichnen beginne. Vietnam, Laos, Kambodscha sind kommunistisch geworden. Der Einfluß der Sowjetunion ist in allen drei Ländern beträchtlich. In Angola findet zur Zeit ein Kampf zwischen verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen statt. Die Sowjetunion unterstützt die kommunistische Gruppe mit Waffenlieferungen. In Portugal ist eine starke kommunistische Bewegung, die ebenfalls von der Sowjetunion finanziell unterstützt wird, nahe an den Punkt herangekommen, bei dem es schien, daß sie die Macht im Lande übernehmen würde, doch hat diese kommunistische Bewegung jetzt einen schweren Rückschlag erlitten. Aber das Ende dieser Auseinandersetzungen ist noch nicht abzusehen.

In Italien ist die Kommunistische Partei eindeutig auf dem Vormarsch. Sie hat in italienischen Großstädten viele Positionen erobert. Nach den letzten Gemeindewahlen in Italien sollen 45 Redakteure des in Mailand erscheinenden und bis dahin als liberal angesehenen „Corriere della Sera“ zur Kommunistischen Partei übergetreten sein. Ein Teil der Democrazia Cristiana befürwortet, wie Sie wissen, ein Bündnis mit den Kommunisten.

In Finnland ist gerade unter dem Druck des finnischen Staatspräsidenten gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien eine Volksfrontregierung gebildet worden, an der die Kommunisten beteiligt sind. Ich könnte diese überwiegend besorgniserregenden Bilder noch fortsetzen, indem ich auch eine Reihe westeuropäischer Länder in meine Betrachtungen einbezöge. Ich will das nicht tun.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in dieser Entwicklung eine Ruhepause erkaufte. Sie hat sich, vorübergehend jedenfalls, eine wohlwollendere Haltung ihrer europäischen Nachbarn, insbesondere der Sowjetunion, dadurch geschaffen, daß sie in den Jahren 1970 bis 1973 nahezu sämtliche politischen Forderungen erfüllte, die der Osten an unser Land richtete. Ich erinnere an die Anerkennung der DDR, die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen, die Bestätigung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze, die Zustimmung zur KSZE in Helsinki, die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens und verschiedene andere Forderungen. Die deutschen Positionen wurden dabei allerdings in schwerwiegender Weise vernachlässigt. Es hat mich auf das tiefste erschüttert, als vor wenigen Tagen der Berliner Regierende Bürgermeister, Herr Schütz, in einem Fernsehgespräch mit mir – in dieser Runde „Journalisten fragen – Politiker antworten“ – erklärte, er sehe keine Chance, daß man in der Berlin-Politik jetzt Fortschritte mache. Er sagte dann wörtlich: „Ich bin bestätigt worden durch das, was ich dort“ – damit meinte er seinen Besuch in Washington – „in den vielfältigen Gesprächen auch gerade im Detail im State Department erfahren habe in der Einschätzung, daß wir es jetzt schon eine Zeitlang, aber wohl auch noch für eine Zukunft mit einem völligen Stillstand auf diesem Gebiet unserer Beziehungen – jetzt meine ich mal der westlichen Beziehungen überhaupt, nicht nur der Bundesrepublik – mit den osteuropäischen Ländern, auch gerade mit der sowjetischen Führungsmacht zu tun haben.“ Immer noch Herr Schütz. „Das mag seine Gründe haben, viele meinen, in der Vorbereitung des dortigen Parteikongresses, der ja in der Tat wohl immer ein ganz bestimmtes wichtiges Ereignis ist. Und das ist wohl die Erläuterung dafür, daß man im Grunde genommen überhaupt keine Bewegung mehr hat, auch in den Punkten, in denen man vorwärtskommen müßte im Interesse, auch da, wo es darum geht, abgeschlossene Vereinbarungen wie die Helsinki-Vereinbarung endlich mit Leben zu erfüllen, oder wo es darum geht, die Teile des Berlin-Abkommens, die noch ausgefüllt werden müssen, durch praktische Politik in die Tat umzusetzen. Dort werden wir offenbar nicht weiterkommen. Das ist eine allgemeine Einschätzung.“

So weit Herr Schütz, der Regierende Bürgermeister von Berlin. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Schütz und die SPD und die FDP diese Dinge früher bedacht hätten und auf die Warnungen gehört hätten, die viele Unionspolitiker, darunter auch ich, in den Jahren 1970, 1971, 1972 immer wieder an sie gerichtet haben. Wir haben ihnen damals gesagt, wenn ihnen wirklich etwas an der Wahrung der Berliner Interessen läge, dann müßten sie sie in dem Augenblick sichern, in dem sie dem Osten gegenüber alle von ihm geforderten Konzessionen machten; hinterher würde es dafür zu spät sein.

Seit 1973 erkaufte sich nun die Bundesregierung das Wohlwollen ihrer östlichen Nachbarn durch Geldzahlungen. Jugoslawien erhielt einen Kredit von 1 Milliarde DM zu einem niedrigen Zinssatz mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Der DDR wurde im Rahmen des Interzonenhandels ein zinsloser Kredit von 800 Millionen DM eingeräumt. 230 Millionen DM zahlt die Bundesrepublik außerdem an die DDR zur Abgeltung von Straßenbenutzungsgebühren. Diese Abgabe soll demnächst auf 400 Millionen DM erhöht werden. Dazu hat die Bundesregierung jetzt noch mit der DDR über den Ausbau weiterer Straßen in der DDR mit Mitteln der Bundesrepublik Vereinbarungen getroffen.

Polen soll 2,3 Milliarden DM erhalten. Rumänien steht mit Kreditwünschen ebenfalls vor der Tür. Vielleicht sollte ich an dieser Stelle wegen der besonders aktuellen Bedeutung ein Wort über die Vereinbarungen mit Polen sagen. Die CDU/CSU lehnt diese Vereinbarungen mit sehr großer Mehrheit ab, weil sie nach ihrer Auffassung ein weiteres Beispiel für eine unausgewogene Ostpolitik sind. Was man nach 1970 bei Abschluß des Warschauer Vertrages versäumt hat, nämlich eine klare Vereinbarung über die Ausreise von Deutschen aus Polen und den Ostgebieten zu treffen, das versucht man jetzt zum zweitenmal, und zwar wieder mit unzulänglichen Mitteln. Damals erfüllte man die polnischen politischen Forderungen auf Bestätigung der Grenze. Diesmal zahlt man Polen 2,3 Milliarden DM. Damals benutzten die Polen die Genehmigung zur Ausreise als politisches Druckmittel, jetzt tun sie es wieder. Die neue Vereinbarung sieht die Genehmigung zur Ausreise von 120.000 Deutschen vor, aber wieder ist keine völkerrechtlich einwandfreie Verpflichtung zustande gekommen. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, daß von 280.000 Deutschen, die ausreisen wollen und deren Anträge beim Roten Kreuz in Bonn vorliegen, nur 120.000 die Genehmigung erhalten sollen. Die Auswahl treffen die polnischen Behörden. Deutscherseits haben wir keinerlei Einfluß darauf.

Es gibt eine Reihe erschütternder Briefe von deutschen Gemeinden aus Oberschlesien, in denen wir beschwören werden, dieser Vereinbarung nicht zuzustimmen. Das Schicksal der Zurückbleibenden wird – so wird geschrieben – noch schwerer werden, als es jetzt schon ist. Denn Sie wissen, wer in Polen einen Antrag auf Ausreise gestellt hat, muß mit schweren Nachteilen rechnen, auch wenn ihm die Ausreise am Schluß nicht genehmigt wird.

Als geradezu grotesk muß das sogenannte Rentenabkommen mit Polen bezeichnet werden. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich darin, zur Abgeltung von Rentenansprüchen, die gegen das frühere Deutsche Reich entstanden waren, einen Pauschalbetrag von 1,3 Milliarden DM an den polnischen Staat zu zahlen. Damit erlöschen diese Ansprüche der Rentner, aber von dem Geld, welches die Bundesrepublik zahlt, erhalten sie – nach dem, was wir bisher wissen – keinen Pfennig. Dieses Geld steht zur freien Verfügung des polnischen Staates.

Zum Trost wird uns gesagt, der Frieden sei sicherer geworden. Aber mit dieser Formel kann man doch nur noch bei den allernäivsten Menschen Eindruck machen. Wie soll der Frieden sicherer geworden sein, wenn der Ostblock seit dem Beginn der neuen Ostpolitik stärker aufrüstet als vorher, vor allem im nuklearen Bereich? Wenn Sie die letzte Verlautbarung der NATO-Außenminister lesen, so werden Sie darin die schwere Sorge ausgedrückt finden, die die Außenminister der NATO wegen dieser Entwicklung empfinden.

Wie soll es nun, werden Sie mich fragen, unter diesen Umständen weitergehen? Politische Trümpfe, die wir in den Verhandlungen mit dem Osten einsetzen konnten, haben wir in der Tat nicht mehr in der Hand, nachdem wir sämtliche östlichen Forderungen erfüllt haben. Für die Zukunft wird nichts anderes übrigbleiben, als daß

bei jeder einzelnen Vereinbarung zu dem bewährten System von do ut des zurückgekehrt wird, also zu einer Ausgewogenheit von Leistungen und Gegenleistungen. Dieses Prinzip vernachlässigt zu haben ist der schwerste Vorwurf, den man der Bundesregierung und ihrer Ostpolitik machen muß.

Daß dies ein mühsamer Prozeß sein wird, darüber sind wir uns alle im klaren. Manche befürchten nun, daß die Sowjetunion eine verschärfte Politik gegenüber unserem Lande betreiben würde, wenn CDU und CSU die nächste Regierung stellen würden. Herr Brandt versucht, diesen Besorgnissen durch Äußerungen, die er in letzter Zeit gemacht hat, sogar noch verstärkten Nachdruck zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dazu deutlich sagen, daß niemand innerhalb der CDU oder der CSU zu irgendeinem Zeitpunkt eine antisowjetische Politik ins Auge gefaßt hat. Wir alle sind uns der Tatsache bewußt, daß die Sowjetunion unser großer, übermächtiger Nachbar im Osten ist. Aber auf der anderen Seite können alle die, die längere Erfahrungen mit sowjetischen Politikern gemacht haben – ich rechne mich selbst auch dazu –, sicherlich bestätigen, daß sie zu den größten Realisten gehören, die es auf unserem Erdball überhaupt gibt. Sie haben in der Vergangenheit Realitäten immer akzeptiert, was, nebenbei gesagt, eine Stärke der sowjetischen Politik ist. Das werden sie auch in Zukunft tun, und auch dann, wenn die Union die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland übernimmt.

Die Auseinandersetzung, in der wir stehen, ist eine machtpolitische. Aber sie ist zugleich eine geistige. In ihr spielt unser Land eine zentrale Rolle. Würde es sozialistisch werden, wäre die Herr Kissinger zugeschriebene Äußerung wahr: dann wurde ganz Europa sozialistisch werden. Setzen sich dagegen in Deutschland die Kräfte durch, die für eine freie und sozial gerechte Ordnung, für die Autonomie des Menschen, die Entfaltung seiner Gaben eintreten, wird die Sache der Freiheit in Europa nicht untergehen. In diesem Sinne kommt es tatsächlich auf Deutschland an. Blicken wir nun auf unser Land, so erkennen wir viele positive Anzeichen. Die große Masse unserer Bürger lehnt den Sozialismus, gleich in welcher Form er sich präsentiert, entschieden ab. In der offenen Auseinandersetzung hat der Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland weder machtpolitisch noch geistig eine Chance. Deswegen versuchen nun seine verschiedenen Anhänger, durch indirekte Methoden Boden zu gewinnen. Dazu gehört die raffiniert betriebene Bewußtseinsveränderung, wie sie von manchen Lehrern an Schulen, von Professoren an den Universitäten und von Redakteuren in Rundfunkanstalten unternommen wird. Ziel dieser Bemühungen ist es, den Bürgern unseres Landes unsere derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung als verabscheuungswürdig und demgegenüber das sozialistische System als eine bessere Welt hinzustellen. Jene, die dies versuchen, nutzen eine Schwäche aus, die in uns vorhanden ist und die ich einmal als die Identitätskrise der Deutschen bezeichnen möchte. Viele von uns haben kein ungebrochenes Verhältnis zu ihrem Land, ihrem Volk und seiner Geschichte. In dieses Vakuum versuchen die Anhänger sozialistischer Lehren hineinzustoßen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Wir müssen den Weg zu uns selbst einschlagen und ein gesichertes Verhältnis zu uns und unserer Geschichte finden. Mit anderen Worten: Wir müssen ein neues demokratisches Nationalbewußtsein entwickeln.

Wenn ich das sage, möchte ich mich nach zwei Richtungen hin ganz klar abgrenzen: Ich rede keinem Nationalismus das Wort. Der Nationalstaat ist für mich nicht das höchste Ziel. Das höchste außenpolitische Ziel ist für mich ein politisch geeintes Europa, in das die einzelnen Nationalstaaten eingegliedert werden müssen. Ebenso wenig bin ich bereit, wenn ich von einem neuen demokratischen Nationalbewußtsein spreche, die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte vergessen zu machen. Aber ich wehre mich auch leidenschaftlich gegen die Versuchung, die deutsche Geschichte nur als eine Aneinanderreihung von Missetaten, Klassenkämpfen und Ausbeutungen hinzustellen. Wir sollten endlich wieder den Mut haben, vor uns selbst, vor anderen und vor allem unserer eigenen jungen Generation die großen Leistungen unseres Volkes in seiner Vergangenheit zu würdigen und uns mit ihnen zu identifizieren.

Ich meine damit, um das ganz klar zu sagen, seine geistigen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen durch die Jahrhunderte, seine politischen Leistungen

als eine Kraft der Mitte und des Ausgleichs in Europa, die Deutschland lange Zeit dargestellt hat, und damit seinen Beitrag zum Frieden in der Welt, seine Tapferkeit und seinen Willen, trotz Rückschlägen, Krieg und Not weiterzuleben und das zerstörte Land wieder aufzubauen, und endlich sein Eintreten für die Freiheit an den Wendepunkten der europäischen Geschichte.

Wenn wir uns zu dieser Betrachtungsweise durchringen, dann werden wir erkennen, daß der Grund, auf dem wir alle stehen, und die geistigen Wurzeln, aus denen wir stammen, gesund sind, daß die Verirrungen, denen auch wir erlegen sind, nicht arttypisch waren, sondern daß es sich um zeitbedingte, vorübergehende Erscheinungen handelte, die wir inzwischen geistig verarbeitet und überwunden haben. Wir werden uns sicherlich auch dann noch eingestehen müssen, daß die Welt, in der wir leben und die wir uns in den letzten 30 Jahren aufgebaut haben, weit davon entfernt ist, eine vollkommene Welt zu sein. Vor sozialen Ungerechtigkeiten in unserem Lande wollen wir die Augen ganz gewiß nicht verschließen. Wir sollten uns auch eingestehen, daß wir alle miteinander zu wenig tun, um den Menschen im anderen Teil Deutschlands materiell und geistig zu helfen. Wir sollten den Gedanken an die fortbestehende Einheit des ganzen deutschen Volkes stärker in uns selbst und damit in der Welt lebendig halten.

30 Jahre – auch 30 Jahre der Trennung – sind eine kurze Zeitspanne in der Geschichte eines Volkes. Ob sie endgültig oder vorübergehend ist, hängt gewiß von der machtpolitischen Konstellation in der Welt ab. Aber es hängt ebenso sehr von der Stärke unseres Willens ab, an der Einheit festzuhalten. Polen war 150 Jahre geteilt, und niemals hat das polnische Volk den Gedanken an seine Einheit preisgegeben. In der Zeit der Trennung entstand das Lied, welches heute die polnische Nationalhymne ist, das mit den Worten beginnt: Noch ist Polen nicht verloren.

In Anknüpfung daran möchte ich sagen: Noch ist Deutschland nicht verloren. Es ist so lange nicht verloren, als es Deutsche gibt, die an dem Willen zur Einheit festhalten. Darum gehört zur Selbstidentifizierung, von der ich gesprochen habe, nicht nur die Identifizierung mit der Geschichte unseres Volkes, sondern auch der Wille, uns in der Gegenwart als Teil des einen deutschen Volkes zu empfinden.

Es ist meine Hoffnung und meine Zuversicht, daß ein immer größerer Teil unserer Bürger, vor allem auch unserer jungen Bürger, diesen Weg zu sich selbst, zu Deutschland und zur deutschen Geschichte finden wird.

Ich danke Ihnen.

